

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreibst. Tagesblatt Riesa.
Tennus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weikau.

Postfachkonto: Dresden 1585
Krotoffe Riesa Nr. 52.

Nr. 3.

Dienstag, 5. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Einrückens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; zeltständer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Tarife. Bewilligter Absatz erfolgt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Rumänien und wir.

Der Bukarester Hofskandal lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf ein Land, dem der Ausgang des Weltkrieges Entwicklungsmöglichkeiten gab, die alle Erwartungen seiner Staatslenker übertrafen. Es wäre ein unnützes Beginnen, um die Gründe heranzuführen, die den Kronprinzen Carol bewogen haben, auf die Thronfolge zu verzichten. Das eine steht jedenfalls fest, die zahlreichen, nicht immer sehr proporen Abenteuer und Streiche des jungen Prinzen haben gezeigt, daß er nicht die Fähigkeiten, das Pflichtgefühl und auch die sittliche und moralische Qualität besitzt, die einem zukünftigen Herrscher angeboren sein müssen. Sein Verzicht wird daher diese ganzen weltlichen Angelegenheiten in einer Weise regeln, die den Bukarester Hof durchaus befriedigen dürfte. Damit kann man die Erwartungen über den letzten Schritt des ehemaligen Kronprinzen stillen. Durch die Befreiung Rumäniens haben wir Deutschen hinreichend Gelegenheit gehabt, Land und Leute aus unmittelbarer Nähe zu studieren und festzustellen, welche Möglichkeiten sich in diesem Lande für uns, unsere Politik und unsere Wirtschaft eröffnen. Bei der Betrachtung der rumänischen Verhältnisse darf man nicht vergessen, daß das Land sich in seiner jetzigen neuen Gestalt noch in den Kinderfrankheiten befindet. Sein Gebiet ist durch den Friedensschluß ungefähr auf das Doppelte vergrößert, aber der Regierung ist es noch nicht gelungen, diesen Neuzuwachs an Land und neuen Staatsbürgern fruchtbar und aufbauend in die Gesamtstruktur des Staates einzugliedern. Die Großmächte der Entente halten sich vor der Hand dem Staate gegenüber recht reserviert und kühl. In Rußland ist das Verhältnis durch die Angleiderung Bessarabiens beinahe ausschließlich recht gespannt. Und zu Deutschland haben sich die Beziehungen bis jetzt noch nicht zu einer Form bringen lassen, die ein gedeihliches Arbeiten ermöglichen könnte.

Unter Verhältnissen, wie sie im Verlauf des Weltkrieges Lateinens und Bratiuna gelang, mit den reichlich fließenden Ententegebern die Politik des Landes in das Fahrwasser ihrer Auftraggeber zu lenken, da konnte sich die Kriegserklärung allenfalls auf geschäftspolitische Erwägungen, aber nicht auf eine deutsch-sinnliche Stimmung im Lande stützen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien vor dem Kriege waren durch rein wirtschaftliche Interessen bedingt, die auf beiden Seiten lagen. Reibungsflächen, an denen sich chauvinistische oder nationale Leidenschaften hätten entzünden können, waren schon auf Grund der geographischen Lage nicht vorhanden. Wenn der Deutsche im Weltkriege nicht zufällig Bundesheer des Ungarn gewesen wäre, hätte die Politik des Landes vielleicht doch eine andere Richtung eingeschlagen. Aber in dem Bestreben Transilvaniens, sich der Rumäne den Erbteil, dem bei der nächsten sich bietenden günstigen Gelegenheit dieses Aneinandergerissen werden mußte. — Die Erbitterung gegen Deutschland schuf erst die Befreiung. Der eiserne Ring um die Mittelmächte zwang ihn, die reichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes rechtlos zu erlassen und die rumänische Bevölkerung auf Nationalisierung zu setzen, eine Maßnahme, die bei dem eine reichliche Kost lebenden Rumänen begriffliche Empörung auslöste. Der Zusammenbruch der Mittelmächte ergab die völlige Umkehrung der Lage in Rumänien und den überraschenden Umstand innerhalb weniger Stunden. Schon sah sich der Traum der Annektsionspolitik am Hofe der Königin Maria auf Schaffung eine „romania mare“, eines Großrumäniens erfüllt. Da schob die Pariser Regelung des Friedensvertrages den hoffnungsvollen Plänen einen harten Nagel vor. Die rumänisch-ungarische Königsidee mußte fallen gelassen, die Annektsionsabsichten auf dem südlichen Teil der Dobruja, auf die Bukowina und den Banat mußten stark eingeschränkt werden. Eine grenzenlose Erbitterung und Enttäuschung in Bukarest war die Folge. Dieser neuerliche Stimmungsumschwung legte sich naturgemäß auch befriedigend auf die Empfindungen gegen Deutschland. Diese Befriedigung ist auch in den Jahren nach dem Friedensschluß bis heute nicht gekürzt worden. Diese Tatsache könnte auch für unsere Politik Rumänien gegenüber richtunggebend sein. Die wirtschaftliche Misere in Deutschland zwingt eine recht große Anzahl Deutscher zu wandern, ein fremdes Land anzuschauen, das ihnen bessere Arbeitsmöglichkeiten bietet. Diesen Neulandsuchern wird sehr oft der Weg nach Südamerika insbesondere nach Argentinien als günstig bezeichnet. Wäre es nicht vorteilhafter, und unserem Deutschland dienlicher, diesen Landsleuten die Möglichkeit zu geben, wenn auch in einem fremden Lande so doch innerhalb Europas ein neues Dasein zu gründen? Und wo wäre dies geeignete Land eher zu finden als in Rumänien? So unerfreulich die Bewegung auch für den Rumänen war, sie hat ihn doch die Arbeitskraft, das Können und das Organisationsvermögen des Deutschen schätzen gelehrt. Und so wird der einzelne Deutsche, der als Helfer und Mitarbeiter in das Land kommt, schließlich nicht unfreundlich aufgenommen werden. Reiche und legendenreiche Arbeit wird der Einwanderer finden. Eine moderne Landwirtschaft könnte die reiche Getreideerde auf ein Vielfaches steigern, eine liebevolle und gewissenhafte Pflege den rumänischen Weinbau zu ungeahnter Bedeutung heben. Durch die Einverleibung Siebenbürgens mit Rumänien verläuft eine Viertelmillion siedebürgischer Deutscher die ungarische mit der rumänischen Staatsbürgerschaft. Dieser prächtige Sachverhalt, der Jahrhunderte hindurch deutsche Sprache und deutsche Kultur sich erhalten hat, bildet den Kern des starken Deutschstums in Rumänien. An ihm wird der einwandernde Landsmann Stärke und Hilfe finden und den Geist, der es ihm zur Pflicht macht, auch im fremden Lande nie zu verlassen, daß er ein Deutscher ist.

Dr. Marx in Berlin eingetroffen.

Berlin. Der Zentrumsführer Dr. Marx, der bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Neubildung des Reichstages eine führende Rolle spielen wird, ist am Montag in Berlin eingetroffen und hat die ersten Besprechungen mit seinen engeren Fraktionskollegen bereits aufgenommen. Marx war von der Zentrumsfraktion beauftragt worden, eine Tagung der Parteivorstände einzuberufen und dabei die Möglichkeiten der Großen Koalition eingehend zur Erörterung zu stellen. Wie wir zuverlässig erfahren, soll der Beschluß der am 10. Januar stattfindenden Tagung der Parteivorstände so eindeutig formuliert werden, daß damit die Vertagung des Herrn Dr. Marx mit der Regierungsbildung gesichert wird. Auf Grund dieser bevorstehenden Entscheidung erwartet man in den Zentrumskreisen, daß Reichspräsident von Hindenburg sich unverzüglich mit Dr. Marx in Verbindung setzen wird.

Erleichterungen der Notstandsarbeiten.

Berlin. Im Anschluß an die Besprechungen mit dem Preussischen Wohlfahrtsministerium wurden gestern im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Landesregierungen die Erleichterungen beraten, die für die Durchführung öffentlicher Notstandsarbeiten in den Bezirken gewährt werden sollen, die unter besonders großer Erwerbslosigkeit leiden. Allgemeine Ueberreicherung bestand darüber, daß die zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmten öffentlichen Mittel bei der großen Not der Erwerbslosen in möglichstem Gegenstande Weise für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wurde daher beschlossen, in den notleidenden Bezirken das Ausmaß der Darlehen, die Reich und Länder für Notstandsarbeiten geben, gegenüber der bisherigen Uebung beträchtlich, im Höchstfalle bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten, zu erhöhen. Ferner soll nötigenfalls der Zinssatz für diese Darlehen bis auf 5 Prozent, im besten Falle in Ausnahmefällen auf 3 Prozent herabgesetzt werden. Auch die Tilgung der Darlehen soll dadurch erleichtert werden, daß der Beginn der Rückzahlungen um ein bis zwei Jahre hinausgeschoben wird. Endlich soll es den Gemeinden, die durch die Fürsorge für ausgeheuere Erwerbslose besonders stark belastet sind, erleichtert werden, auch ausgeheuere zu Notstandsarbeiten heranzuziehen. Das Ergebnis der Besprechung wird den Regierungen der Länder durch einen Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums sofort mitgeteilt werden.

Dr. Luther an die Reichsbank.

Berlin. Aus Anlaß des Jubiläums der Reichsbank hat der Reichsanwalt Dr. Luther an die Reichsbank folgenden telegraphischen Glückwunsch gerichtet: Der Reichsbank spreche ich zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens namens der Reichsregierung und im eigenen Namen die aufrichtigsten Glückwünsche aus. Die Geschichte der Reichsbank und des deutschen Zentralnoteninstituts ist aufs innigste mit der Geschichte des deutschen Wirtschaftslebens verflochten. In Jahrzehnten glücklicher deutscher Wirtschaftsentwicklung war die Reichsbank ein machtvoller Förderer deutscher Wirtschaftskraft und deutscher Weltgeltung. Während der Kriegszeit und der nachfolgenden schweren Jahre hat sie in enger Zusammenarbeit mit der politischen Leitung ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Durch die Entwicklung der jüngsten Zeit ist sie zur verantwortlichen Hüterin der deutschen Währung geworden. Die Reichsbank nimmt damit eine Stellung im gesamten deutschen Wirtschaftsleben ein, die zu tatvoller Führung und zu weitestgehender Voraussicht verpflichtet. Was es der gemeinsamen vertrauensvollen Arbeit der Reichsregierung und aller anderen Richtungen gebenden Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens gelungen, schnell und zielbewußt fördernd die tief darniederliegende deutsche Wirtschaft zum Wohle des ganzen Vaterlandes wieder aufzurichten.

Der neue griechische Staatsstreich.

Der Staatsstreich General Pangalos', der mit Zustimmung der Armee die Militärdiktatur in Griechenland ausrief, macht das Duzend der Umwälzungen voll, die Griechenland im Laufe der letzten Jahre erleben mußte. Die Gründe, die den General zu seinem Schritt veranlaßten, sind mancherlei Art. Im allgemeinen machte er geltend, daß das Meer ihn beauftragt habe, die Regierung zu übernehmen, weil die überwiegende Mehrheit der griechischen Bevölkerung unzufrieden über die diplomatische Schwäche Griechenlands wäre, die eine Folge des Treibens der parlamentarischen Führer sei und zu der letzten peinlichen griechischen Niederlage in Genf geführt habe. Gerade die Entscheidung des Völkerbundes, die in dem griechisch-bulgarischen Grenzvertrage der griechischen Idee Unrecht gab, hätte den Grad der Unzufriedenheit in einem solchen Maße gesteigert, daß irgend eine Lösung gefunden werden mußte. Von der Diktatur Pangalos erhofft man einschneidende Maßnahmen, die die wachsende Teuerung im Lande beseitigen sollen. Ob diese Hoffnungen, die die Bevölkerung auf den neuen Diktator setzt, sich erfüllen werden, ist recht zweifelhaft; jedenfalls wird das griechische Volk auch bald einsehen müssen, daß eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann herbeizuführen ist, wenn das Volk selbst in seiner Gesamtheit den wirtschaftlichen Gesetzen Rechnung trägt und aus sich selbst

heraus die Kräfte schöpft und die Werte schafft, die zur Gesundung führen.

Ein Attentat auf Riza Khan.

In London ist bekanntlich die Meldung eingetroffen, daß auf den neuen König von Persien in Teheran ein Bombenattentat verübt wurde. Riza Khan soll beide Beine verloren haben und in hoffnungslosem Zustande darniederliegen. Eine Vertagung dieser Nachricht liegt bis zur Stunde in Berlin noch nicht vor. Sollte sie jedoch zutreffen, dann hätte Berlin durch diese Tat einen Schlag erlitten, der sich außerordentlich betrübend auf seine innere Gestaltung auswirken dürfte. Riza Khan hat einen Rufnamen hinter sich, wie ihn wenige Persönlichkeiten in der großen Weltpolitik zu verzeichnen haben. Er stammt aus einer ganz einfachen Familie, wurde Soldat und avancierte infolge seiner Tüchtigkeit und seiner Energie schließlich zum General. Im Jahre 1921 führte er mit seinen Truppen nach dem Rüste des Kaspischen Meeres marschierend, um die dort wohnenden bolschewistischen Unruhen zu beseitigen. Seinen Auftrag führte er aber nicht aus, mit der Begründung, er sei einmal im inneren Lande Ordnung zu schaffen, kehrte er mit seiner kleinen Kriegsmacht nach Teheran zurück und besetzte die Stadt. Es wurde dann ein neues Kabinett eingesetzt, in das er als Kriegsminister eintrat. Schon nach zwei Jahren wurde er Ministerpräsident und damit der Diktator des Landes. Seine Säuberungsaktion im Innern war von großem Erfolg begleitet. Mit den ihm feindlichen Stämmen wurde er rasch fertig. Das Ziel seiner Politik war, Persien die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit zu geben. Seiner Initiative ist es letzten Endes anzukrediten, daß der letzte Schah von Persien, der stets im Auslande weilte und sich nie um die Verhältnisse seines Landes bekümmerte abgesetzt wurde. Diese Absetzung krönte seine Laufbahn. Die Nationalversammlung proklamierte ihn mit überwiegender Mehrheit zum König. Eines seiner Hauptverdienste ist die Schaffung einer nationalen Armee, über die Persien bis dahin nicht verfügte.

Unerquickliche Falschmeldungen.

Das Berliner Montagblatt nimmt wieder Bezug auf eine schon als unwahr gekennzeichnete Meldung, wonach die englische Regierung gegen die Einladung des russischen Volkskommissars für die Außenpolitik Tschitscherin durch General v. Seekt protestiert habe. Wir können dazu nochmals ausdrücklich feststellen, daß es sich bei dem Frühstück Tschitscherin bei dem General v. Seekt ausschließlich um einen Höflichkeitssatz gehandelt hat, wie es durchaus den Gepflogenheiten in allen solchen Fällen entspricht, daß ein Minister einer auswärtigen Macht bei seiner Anwesenheit in Berlin von öffentlichen Persönlichkeiten eingeladen wird. Der Reichszentralrat war zu dieser Zeit von Berlin abwesend und der Reichsaußenminister verhindert. An dem Frühstück haben auch der Staatssekretär der Reichskanzlei Kempner und Geh. v. Dircken vom Auswärtigen Amt teilgenommen. Ebenso unrichtig ist die fernere Behauptung des Blattes, daß das Auswärtige Amt Erhebungen über den Ursprung der oben erwähnten falschen Nachrichten anstellen wolle. Wenn dann ferner behauptet wird, daß der Ursprung dieser Nachricht in den Kreisen des deutschen Volkshochs in Moskau, Grafen Brockhoff-Rangau vermutet werde, so ist es unsinnig, daß der Volkshoch eine solche verbreitete Meldung lanciert haben könne. Endlich wird das Gerücht wieder aufgewärmt, daß Graf Brockhoff-Rangau während seines vielwöchigen Aufenthaltes in Berlin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert den üblichen Zutrittsbesuch nicht gemacht habe, woraus auf einen Konflikt zu schließen sei. Wir können nach unseren Informationen feststellen, daß, wie überhaupt an der ganzen Notiz des Montagblattes, auch an dieser letzteren Behauptung kein wahres Wort ist.

Moskau. (Funkpruch.) Die Telegraphenagentur der Sowjetunion ist ermächtigt, zu erklären, daß die in der deutschen und ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über Trinkprücke und politische Meinungsäußerungen bei dem Frühstück, das der Chef der deutschen Delegation Generaloberst von Seekt in Berlin zu Ehren des Volkskommissars Tschitscherin gab, in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Das Frühstück trug einen privaten Charakter und es wurden weder Trinkprücke noch Meinungsäußerungen politischer Art gewechselt.

Amerikanisch-deutsche Fusion in der Stahlproduktion?

Das Berliner Montagblatt meldet, daß eine große Teufel-Verschmelzung amerikanischer und deutscher Stahlindustrie bevorstehe, die auf der amerikanischen Seite die Stahlwerke der Bankfirma Dillon Reed umfassen. Als deutsche Partner werden die Gruppen Thyssen, Otto Wolf, Rhein-Elbe, Rhein-Stahl, Altköner und vielleicht auch noch Krupp genannt. Die jährliche Produktionsfähigkeit dieses neuen internationalen Riesenunternehmens würde, nach der B. S. 14 Millionen Tonnen Stahl darstellen und damit den Kampf gegen den amerikanischen Stahlkönig Schwab durchaus ermöglichen. Die formelle Veröffentlichung der Fusion soll schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Diese ganze Nachricht wird durch die offiziöse Nachrichtenagentur Americas, die Associated Press, bestätigt.